

KDFB – INFORMATIONEN 2/2009



Nachrichten

2 Familie & Partnerschaft

3 Pflege

5 Soziales

6 Ehrenamt

6 Patientenverfügung

8 Nachhaltige Entwicklung

13 Gewalt gegen Frauen &
Mädchen

14 Medien

15 Kirche & Theologie

18 Namen

I M P R E S S U M

Herausgeber:
Katholischer Deutscher Frauenbund
- Bundesgeschäftsstelle -
Kaesenstraße 18 - 50677 Köln
Telefon: (0221) 86092-0
Fax: (0221) 86092-79
Email: bundesverband@frauenbund.de
Internet: www.frauenbund.de

Redaktion:
Gabriele Klöckner
gabriele.kloeckner@t-online.de

Familie & Partnerschaft

Neues Internetportal für Alleinerziehende

Berlin (KNA) Für Alleinerziehende gibt es ein neues umfassendes Informationsangebot im Internet. Die Webseite www.die-alleinerziehenden.de versteht sich als zentrale Kommunikations- und Informationsplattform für die 2,6 Millionen Alleinerziehenden in Deutschland, wie der Bundesverband der alleinerziehenden Mütter und Väter als Herausgeber am Mittwoch in Berlin mitteilte. Inhaltlich reiche das Spektrum von politischer Berichterstattung über fachliche Beratung in Rechts-, Finanz- und Erziehungsfragen bis hin zu persönlichen Alltagsschilderungen.

(KNA – 1. Juli 2009)

Mehr praktische Hilfen für Alleinerziehende

Mit einem engmaschigen Netz an Unterstützung will das Bundesfamilienministerium Alleinerziehenden den Alltag erleichtern helfen. Den Startschuss für das Projekt „Vereinbarkeit für Alleinerziehende“ hat Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen am 15. Mai, dem Internationalen Tag der Familie, gegeben.

Die bundesweit zwölf Pilotstandorte, die jeweils ein Jahr lang mit bis zu 40.000 Euro im Jahr gefördert werden, sollen hauptsächlich bereits vorhandene Angebote praktisch bündeln. In Zusammenarbeit von Arbeitsagenturen und Arbeitsgemeinschaften mit Unternehmen, Verbänden, Kammern, Bildungs- und Jugendhilfeträgern, Lokalen Bündnissen für Familie und Mehrgenerationenhäusern soll so eine Infrastruktur entstehen, die Alleinerziehende im Alltag unterstützt. Die Angebote reichen vom Mittagstisch über Hol- und Bringdienste, Ferien und Notfallbetreuung, Unterstützung in Erziehungs-, Weiterbildungs- und Alltagsfragen.

Der Bedarf an Unterstützung ist offenkundig, denn trotz ausgeprägter Erwerbsneigung können Alleinerziehende entweder gar nicht oder nur eingeschränkt einer Berufstätigkeit nachgehen. Das hat Folgen: So beziehen vier von zehn Alleinerziehenden für sich und ihre Kinder Hilfe zur Grundsicherung. 800.000 Kinder von Alleinerziehenden sind armutsgefährdet.

Karlsruhe: Entlastung für Alleinerziehende verfassungskonform

Karlsruhe (KNA) Eine Steuerentlastung für tatsächlich Alleinerziehende ist mit dem Grundgesetz vereinbar und verstößt nicht gegen den Schutz von Ehe und Familie. Dies geht aus einem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts hervor. Die Richter befassten sich mit einer Verfassungsbeschwerde, die sich gegen eine solche Steuerentlastung wandte.

Die heutige Regelung geht zurück auf eine Entscheidung von 1998. Damals befand der Zweite Senat, dass ein Haushaltsfreibetrag für Alleinstehende gegen die Verfassung verstößt, weil damit Verheiratete gegenüber unverheirateten Paaren schlechter gestellt wurden. Die von Karlsruhe verlangte Neuregelung nahm der Gesetzgeber 2004 vor. Seitdem kommen nur noch tatsächlich Al-

leinerziehende in den Genuss der Regelung. Der verheiratete Beschwerdeführer hatte die Eintragung eines Freibetrages wegen seiner zwei Kinder beantragt. Das Finanzamt lehnte diesen Antrag ab, weil der Beschwerdeführer verheiratet sei. Rechtsbehelfe und Rechtsmittel dagegen blieben ohne Erfolg.

Die 1. Kammer des Zweiten Senats nahm die Verfassungsbeschwerde nicht zur Entscheidung an, weil die Vorschrift des neuen Einkommenssteuergesetzes nicht gegen den Schutz von Ehe und Familie verstößt. Eine Benachteiligung liege nur vor, wenn Ehepartner wegen ihrer Ehe von Steuerentlastungen ausgeschlossen würden. Ausgeschlossen würden aber alle Erziehungsgemeinschaften mit zwei Erwachsenen im gemeinsamen Haushalt. Die Entlastung bleibe somit ausschließlich „echten“ Alleinerziehenden vorbehalten, weil nichteheliche Lebensgemeinschaften nicht von der Regelung profitierten. Eine Grundrechtsverletzung liege also nicht vor (2 BvR 310/07).

(KNA – 2. Juli 2009)

Pflege

Wissenschaftler: Pflegende Angehörige nicht alleine lassen

Freiburg (KNA) Mehr Unterstützung und Beratung für Personen, die kranke und alte Angehörige zu Hause pflegen, hat der Pflegewissenschaftler Thomas Klie gefordert. „Wir müssen vor dem Hintergrund immer mehr alter Menschen und immer mehr allein lebender Pflegebedürftigen die pflegerische Versorgung neu denken“, sagte Klie im Interview der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) in Freiburg. Statt Angehörige allein zu lassen, müssten Netzwerke von Nachbarn, Pflegspezialisten und Ehrenamtlichen entstehen.

Entschieden wandte Klie sich gegen freiheitsentziehende Maßnahmen in der Pflege wie Fixierungen oder das Einschließen von alten Menschen. „Zwangmaßnahmen sind mit psychischen Leiden verbunden, mit einem Verlust des Selbstwertgefühls und der Selbstbestimmung“, so Klie, der an der Freiburger Evangelischen Hochschule eine Untersuchung zu Gewalt in der häuslichen Pflege leitet. Die neue Studie wolle Ursachen der Missstände aufdecken und zugleich aufzeigen, dass unter günstigeren Rahmenbedingungen in Pflegenetzwerken freiheitsentziehende Maßnahmen verzichtbar würden.

Nach Angaben des Wissenschaftlers gibt es bislang keine genauen Statistiken über freiheitsentziehende Maßnahmen in der häuslichen Pflege. In Pflegeheimen komme es bundesweit aber bei rund 700.000 Pflegebedürftigen täglich zu 300.000 bis 400.000 Fällen. „Und wir haben eine nicht unerhebliche Zahl von Strangulationen mit Todesfolge durch Fixieren in Deutschland zu beklagen“, sagte Klie.

Er betonte, dass es keineswegs um eine Verurteilung der betroffenen Personen gehe. „Wir wollen vielmehr mehr erfahren, solche Situationen verstehen und Auswege finden.“ Häufig führe eine Überforderung von Pflegenden zu Missständen, etwa dazu, dass alte Menschen eingeschlossen oder mit Psychopharmaka gezielt ruhiggestellt würden. Eine Gefahr bestehe auch darin, dass sich in Pflegebeziehungen von beiden Seiten aus Aggressionen aufbauen.

Laut Klie werden in Deutschland derzeit 1,4 Millionen Menschen zu Hause gepflegt. Die durchschnittliche Pflegedauer betrage acht Jahre. „Vor 60 Jahren waren es drei Monate. Was die Pflegenden da über lange Zeiträume leisten, ist erstaunlich. Noch nie wurde so viel, so intensiv und so lange von Familien in Deutschland gepflegt wie heute“, betonte der Wissenschaftler.

Am Ende der vom Bundeswissenschaftsministerium unterstützten Studie soll ein Gutachten stehen, wie die Freiheitsrechte von privat gepflegten alten Menschen besser geschützt werden können. Zudem sollen am Einzelfall erprobte Vorschläge für bessere Pflegenetzwerke erarbeitet werden. Klie will mit seinem Team zur Erhebung der Daten auch mit Krankenkassen, Ärzten sowie mit der Deutschen Alzheimer Gesellschaft zusammenarbeiten.

(KNA – 7. Juli 2009)

Haderthauer will Pflegenetzwerk für Bayern aufbauen

München (KNA) Bayerns Sozialministerin Christine Haderthauer (CSU) will im Freistaat ein flächendeckendes Netzwerk zur Unterstützung von pflegebedürftigen Senioren und deren Angehörigen schaffen. Ziel sei es, dass die Pflegebedürftigen in ihrem gewohnten Zuhause bestmöglich betreut würden, erklärte Haderthauer in München. Geplant sei eine „Agentur zur Vermittlung von Betreuungsleistungen für Pflegebedürftige“. Sie solle bereits vorhandene Angebote vernetzen und weitere aufbauen. Es gehe darum, neue Formen des bürgerschaftlichen Engagements und der Selbsthilfe zu etablieren.

(KNA - 19. August 2009)

Mehr Informationen dazu gibt es im Internet unter
www.stmas.bayern.de/pflege/vermagent.htm

Deutsches Zentrum für Demenzforschung in Bonn eröffnet

Bonn (KNA) Bonn wird künftig erste Adresse für die Demenz- und Parkinsonforschung in Deutschland. Bundesforschungsministerin Annette Schavan, Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (beide CDU) sowie beteiligte Wissenschaftler gaben den Startschuss für das „Deutsche Zentrum für die Erforschung Neurodegenerativer Erkrankungen“ (DZNE).

Rund 400 Wissenschaftler sollen dort künftig vor dem Hintergrund der alternden Gesellschaft zu den Krankheitsursachen, der Diagnostik und Therapie sowie der Versorgung und Pflege bei Demenzerkrankungen wie Parkinson und Alzheimer forschen. Für die zu den Helmholtz-Zentren gehörende Großforschungseinrichtung wird der Bund künftig jährlich bis zu 66 Millionen Euro bereitstellen.

Schavan sagte, die Gründung des Zentrums sei der Beginn einer umfassenden Neustrukturierung der Gesundheitsforschung in Deutschland. Auch für die großen Volkskrankheiten wie Krebs, Diabetes oder Herz-/Kreislaufkrankungen werde es ähnliche Bündelungen der Forschung geben.

Zu dem regionalen Netzwerk an beteiligten Forschungsinstituten gehören unter anderem die Universitäten Bonn und Köln, die Uniklinik Bonn, das Max-Planck-Institut für Altersforschung in Köln und die Forschungszentren Jülich und caesar in Bonn. Außerdem gibt es sieben nationale Partnerstandorte: Göttingen, München, Tübingen, Magdeburg, Witten, Dresden und Rosstock/Greifswald.

Das DZNE soll alle Dimensionen der medizinischen Forschung abdecken: die Grundlagenforschung, klinische Studien und den schnellen Transfer des Wissens in die Gesundheitsversorgung. Beteiligt werden deshalb außer Molekularbiologen, Chemikern und Medizinerinnen auch Pflegewissenschaftler. In Deutschland leiden nach Angaben von Wissenschaftlern rund eine Million Menschen an einer Demenz; die Zahl der Neuerkrankungen liegt bei rund 200.000 pro Jahr. Nach Schätzungen wird sich diese Zahl bis zum Jahr 2050 mindestens verdoppeln, wenn es keine wirksamen Medikamente gibt.

(KNA – 22. Juni 2009)

Soziales

Hartz-IV-Sätze für Kinder werden im Oktober verhandelt

München (KNA) Das Bundesverfassungsgericht wird am 20. Oktober über Klagen gegen die Hartz-IV-Sätze für Kinder verhandeln. Das meldet das Nachrichtenmagazin FOCUS. Kinder bis 14 Jahre erhalten bisher 211 Euro im Monat - das sind 40 Prozent weniger als Erwachsene. Vorgelegt wurden die Klagen vom Bundessozialgericht und dem hessischen Landessozialgericht. Die Gerichte kritisieren, dass die Kürzung für Kinder gegen das Grundgesetz verstößt. Der Gesetzgeber habe sich nicht ausreichend um den unterschiedlichen Bedarf von Kindern gekümmert. Babys bekämen die gleiche Summe wie 14-Jährige, obwohl die Älteren mehr Geld benötigten. Außerdem würden Kinder von Arbeitsuchenden schlechter behandelt, weil Kinder von Sozialhilfeempfängern zusätzliche Leistungen erhalten könnten.

(KNA – 12. Juli 2009)

Immer mehr Tafeln in Deutschland

Göttingen (KNA) Rund eine Million Menschen in Deutschland nutzen mittlerweile die tägliche Hilfe durch die Tafelbewegung. Dabei rechnet der Vorstandsvorsitzende des Bundesverbandes Deutsche Tafel, Gerd Häuser, ab 2010 mit deutlich mehr Menschen, die auf regelmäßige Unterstützung durch Sachgaben angewiesen seien. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt werde bei der Tafelbewegung zeitverzögert zu spüren sein, sagte Häuser vor Journalisten in Göttingen. Er forderte den Staat zur Unterstützung der seit 1993 weithin ehrenamtlich tätigen Bewegung auf. Die Bundesregierung solle zudem einen Armutsbeauftragten ernennen.

Bereits in den vergangenen zwei Jahren sei die Zahl der Tafel-Kunden schneller gestiegen als die Menge der für die bundesweit 848 Tafeln gespendeten Lebensmittel, sagte Häuser. 2007 und 2008 seien jeweils rund 100 Tafeln dazugekommen. Die Zahl der ehrenamtlichen Helfer betrage etwa 40.000. Die in den 1960er Jahren in den USA entstandene Idee zur Tafelbewegung basiert

darauf, dass noch verzehrfähige Lebensmittel, die etwa wegen Ablauf des Mindesthaltbarkeitsdatums oder beschädigter Verpackung nicht mehr in den Verkauf gehen, durch ehrenamtliche Kräfte an Bedürftige kommen.

Die Tafelbewegung, so der Bundesvorsitzende, will in nächster Zeit ihre Zusammenarbeit mit Lebensmittelherstellern und -händlern sowie Logistikunternehmen ausbauen. Wichtigster Geldgeber des Bundesverbands ist der Metro-Konzern, der mit 300.000 Euro pro Jahr den Betrieb der Geschäftsstelle in Berlin sicherstellt. Weitere Partner sind Discounter wie Lidl oder Netto.

(KNA – 10. Juni 2009)

Ehrenamt

Haftungsrisiko für ehrenamtliche Vereinsvorstände fällt weg

Berlin (KNA) Ehrenamtliche Vereins- und Stiftungsvorstände sind künftig weitgehend von der Haftung für bei ihrem Engagement entstehende Schäden freigestellt. Der Bundestag beschloss eine Reform des Vereinsrechts, die Haftungs erleichterungen für Ehrenamtler bringt.

Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) sprach von einem „guten Tag für alle, die sich ehrenamtlich im Verein engagieren“. Die zivilrechtliche Haftung ehrenamtliche Vereins- und Stiftungsvorstände komme künftig nur noch bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit zum Zuge. In mehr als 550.000 eingetragenen Vereinen in Deutschland werde „unschätzbar wichtige Arbeit für Sport, Kultur und Soziales“ geleistet. Das bürgerschaftliche Engagement sei eine tragende Säule der Gesellschaft.

(KNA – 3. Juli 2009)

Patientenverfügung

Patientenverfügungen bekommen hohe unbegrenzte Verbindlichkeit

Berlin (KNA) Nach jahrelangem Streit hat der Bundestag eine gesetzliche Regelung zu Patientenverfügungen verabschiedet. Sie haben in Deutschland künftig hohe rechtliche Verbindlichkeit und müssen unabhängig von Art und Stadium einer Erkrankung beachtet werden. Der Bundestag beschloss Mitte Juni in Berlin mit 317 von 555 Stimmen in Dritter Lesung eine entsprechende gesetzliche Regelung. Der Vorlage des SPD-Abgeordneten Joachim Stünker folgten ein Großteil der SPD-Fraktion sowie viele Abgeordnete der FDP, Linken und eine Reihe von Grünen. 57 Abgeordnete beteiligten sich nicht an der Abstimmung.

Mit der Entscheidung endet eine rund sechs Jahre andauernde Kontroverse, ob es für Patientenverfügungen eine gesetzliche Regelung geben sollte. Mit solchen Verfügungen können Menschen vorab festlegen, wie sie im Fall von schwerer Erkrankung und Nichteinwilligungsfähigkeit behan-

delt werden wollen. Der Bundesgerichtshof hatte 2003 entschieden, dass nach geltender Rechtslage eine Patientenverfügung zur Beendigung lebensverlängernder Maßnahmen nicht automatisch ausreicht.

Der Entscheidung ging eine rund 100-minütige Debatte und ein knapp einstündige Folge an Abstimmungen voraus. Dabei mussten die Abgeordneten auch über die Abstimmungsfolge zwischen drei konkurrierenden Gesetzentwürfen entscheiden. Dabei setzte sich die Stünker-Gruppe, die bereits in den letzten Monaten zahlenmäßig am stärksten war, mit ihren Vorstellungen durch.

Der von Stünker initiierte Entwurf sieht vor, dass Patientenverfügungen ohne Einschränkung - also unabhängig von Art und Stadium der Erkrankung - verbindlich sind, sofern sie in schriftlicher Form vorliegen. Das Gesetz schreibt keine verbindliche Beratung vor Abfassung einer Verfügung vor. Der Betreuer oder der Bevollmächtigte des Patienten muss gegenüber den Ärzten dafür sorgen, die Verfügung durchzusetzen. Voraussetzung ist aber, dass die Erklärung auch die tatsächliche Behandlungssituation überhaupt erfasst. Deshalb spricht das Gesetz von einem „dialogischen Prozess“ zwischen Arzt und Betreuer.

In der Debatte sagte Stünker, das verfassungsrechtlich garantierte Selbstbestimmungsrecht des Menschen müsse sichergestellt sein. Er sprach von einer klaren Regelung, die nicht auf Richterrecht, sondern auf Selbstbestimmung setze. Dagegen forderte die frühere Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin (SPD), in jedem Fall sei zu prüfen, „ob die Patientenverfügung mit der konkreten Lage in Einklang steht“. Sie warnte vor wachsendem Druck zur Beendigung der Behandlung Sterbenskranker in einer älter werdenden Gesellschaft.

In der sachlichen, gelegentlich auch ungewöhnlich persönlich gefärbten Debatte gab es 17 Beiträge. Die frühere FDP-Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, die Stünker unterstützte, sagte, das Gesetz werde vielen Menschen Mut machen und Sicherheit bieten. Der Unionspolitiker Wolfgang Zöllner (CSU), der in einem eigenen Entwurf die Rolle des Arztes als Entscheider betont hatte, wandte sich gegen einen gesetzlich geregelten Automatismus, der auf bloße buchstabengetreue Umsetzung setze.

Unter anderem Katrin Göring-Eckardt (Grüne), Rene Röspel (SPD) und Otto Fricke (FDP) warben für ein abgestuftes Konzept des CDU-Politikers Wolfgang Bosbach. Röspel warnte davor, von gesunden Personen verfasste Verfügungen gleichzusetzen mit dem Willen von Sterbenskranken. Schwerstkranke Menschen änderten häufig in einer konkreten Situation ihre Meinung. Der CDU-Politiker Hubert Hüppe warb für einen Antrag, der einen Verzicht auf jede gesetzliche Regelung vorsah. Er stieß in einer ersten Abstimmung auf wenig Zustimmung.

(KNA – 18. Juni 2009)

Ratgeber und Checkliste für Patientenverfügungen

Berlin (KNA) Hilfe beim Verfassen von Patientenverfügung bieten ein „Qualitätscheck“ der Deutschen Hospiz Stiftung und ein aktualisierter Ratgeber der Verbraucherzentralen. Der Ratgeber informiert über Vollmachten und Verfügungen, zeigt verschiedene Möglichkeiten zur Vorsorge bei schwerer Krankheit und Pflegebedürftigkeit auf und erläutert, welche rechtlichen Regelungen greifen, wenn ein Patient zuvor keine Anweisungen gegeben hat. Der „Qualitätscheck“ will

Orientierung geben, welche Hilfsangebote beim Verfassen einer Patientenverfügung seriös und sinnvoll sind.

Anlass der Veröffentlichungen sind die neuen gesetzlichen Regelungen für Patientenverfügungen. Das Gesetz betont das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen und macht Patientenverfügungen ohne Einschränkung - also unabhängig von Art und Stadium der Erkrankung - verbindlich. Das Gesetz schreibt keine vorherige Beratung vor. Niemand darf - etwa bei der Aufnahme in ein Pflegeheim - zur Abfassung einer Patientenverfügung gezwungen werden. Lediglich die Schriftform ist verpflichtend.

(KNA – 27. August 2009)

Der „Qualitätscheck“ ist unter www.hospize.de abrufbar. Der Ratgeber kann unter www.ratgeber.vzbv.de bestellt werden.

Nachhaltige Entwicklung

Entwicklungsorganisationen enttäuscht über UN-Klimaverhandlungen

Bonn (KNA) Mit Enttäuschung reagieren Entwicklungs- und Umweltorganisationen auf die Ergebnisse der Bonner Klimakonferenz. Das katholische Hilfswerk Misereor erklärte, es sei nicht gelungen, sich auf gemeinsame Ziele zur Verringerung der Treibhausgas-Emissionen zu einigen. Die EU habe zudem konkrete finanzielle Zusagen gegenüber den Entwicklungsländern vermieden. Misereor-Hauptgeschäftsführer Josef Sayer sagte, den Regierungsvertretern der Industrienationen habe offenbar der politische Wille gefehlt, ihre Verantwortung für den Klimawandel in Form konkreter Klimaschutzziele nachzukommen.

Auch Oxfam machte die Industrieländer dafür verantwortlich, dass es am Ende der zweiwöchigen Verhandlungsrunde in Bonn kaum Fortschritte gebe. „Ihre bisher angebotenen Klimaschutzziele laufen auf einen Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur um etwa drei Grad hinaus“, kritisierte die Hilfsorganisation. Schon heute litten Hunderte Millionen Menschen in den armen Ländern unter den Folgen des Klimawandels. Dazu gehörten zunehmende Unwetterkatastrophen, Dürren und Ernteausfälle.

Greenpeace erklärte, in den zwölf Tagen von Bonn hätten sich die Delegationen im Kreis gedreht und seien „keinen Schritt weitergekommen“. Aus den bisher vorliegenden Absichtserklärungen ergäben sich lediglich Treibhausgas-Einsparungen von 8 bis 15 Prozent gegenüber 1990. Notwendig seien aber 40 Prozent.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) sieht das Zustandekommen eines Klimaschutzabkommens bereits als gefährdet an. Die Blockierer-Staaten seien vor allem Kanada und die USA, die keine festen Zusagen für CO₂-Reduktionen gemacht hätten. Die EU sei zwar immer noch Vorreiter, biete jedoch bislang nur maximal 30 Prozent Reduktion an. Diese Ziele

liegen nach BUND-Auffassung weit hinter dem Notwendigen zurück. Auch bei den finanziellen Zusagen für Klimaschutz in Entwicklungsländern hätten sich die Industriestaaten kein Stück bewegt.

„Schwammige Ankündigungen helfen nicht, der globalen Herausforderung des Klimawandels zu begegnen“, so Antje von Broock, BUND-Expertin für internationale Klimapolitik. Die Industriestaaten müssten rund 70 Milliarden Euro jährlich für Klimaschutz in den Entwicklungsländern bereitstellen.

In Bonn hatten rund 4.600 Vertreter von Regierungen, Umweltschutzorganisationen, Wirtschaft und Wissenschaft aus mehr als 180 Staaten über einen Textentwurf für das angestrebte Protokoll von Kopenhagen diskutiert. Es soll ab 2013 das Kyoto-Abkommen fortschreiben.

(KNA – 12. Juni 2009)

Immer mehr Menschen weltweit vom Klimawandel betroffen

Bonn (KNA) Immer mehr Menschen sind nach Berechnungen von internationalen Hilfsorganisationen vom globalen Klimawandel betroffen. Allein im Jahr 2008 seien durch Hochwasser, Dürren und Stürme rund 20 Millionen Menschen aus ihren Heimatregionen geflüchtet, berichteten 18 UN- und Nichtregierungsorganisationen in Bonn auf der UN-Klimakonferenz. Zugleich sei die Gesamtzahl der Menschen, die die Auswirkungen von Umweltkatastrophen zu spüren bekommen, im vergangenen Jahrzehnt rasant gestiegen. Derzeit seien durchschnittlich 221 Millionen Menschen jedes Jahr direkt betroffen.

Schon heute werde das Leben von etwa fünf mal mehr Menschen durch den Klimawandel beeinträchtigt als durch Konflikte, heißt es in der Erklärung. Die humanitären Herausforderungen durch den Klimawandel seien immens, sagte der UN-Koordinator für humanitäre Aufgaben, John Holmes. Es komme darauf an, das damit verbundene menschliche Leid zu minimieren und das Schicksal der Klimaflüchtlinge bei politischen Verhandlungen stärker zu berücksichtigen; das gelte auch für das neue Klima-Abkommen, das im Dezember in Kopenhagen unterzeichnet werden soll.

Notwendig sind nach Überzeugung der Organisationen mehr Programme und Geldmittel zur Vorbeugung und zur Vorbereitung auf die Auswirkungen des Klimawandels. Mitinitiator der Erklärung ist das Welternährungsprogramm (WFP).

(KNA – 8. Juni 2009)

Studie: Frauen profitieren von Mikrokrediten

Stuttgart (KNA) Laut einer Studie der ökumenischen Entwicklungsorganisation Oikocredit sind Kleinstkredite ein erfolgreiches Mittel, um Frauen in Entwicklungsländern wirtschaftlich und sozial zu fördern. Frauen nutzten Mikrokredite erfolgreich für den Aufbau kleiner Unternehmen und erhielten dadurch mehr Ansehen in ihrem Umfeld, erklärte Oikocredit Baden-Württemberg in Stuttgart. Die meisten Kreditnehmerinnen seien glücklicher, gesünder und selbstbewusster geworden.

den, heißt es mit Bezug auf die Studie, die Oikocredit in Bulgarien, Kenia, Peru und den Philippinen durchführte.

Die Befragung von Bankenmitarbeitern sowie Empfängern der Kleinstkredite hätten aber auch Grenzen der Entwicklung aufgezeigt. So leiden der Studie zufolge einige Frauen unter der neuen Doppelbelastung des aufgebauten Geschäfts und den Arbeiten im Haushalt. Zudem besteht die Gefahr, dass Frauen nicht selbst über die von ihnen erzielten Gewinne bestimmen können. Oikocredit sprach sich dafür aus, die Vergabe von Mikrokrediten stärker als Instrument für mehr Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern einzusetzen. Weiterhin seien 70 Prozent aller Armen weltweit Frauen.

Sogenannte Klein- oder Mikrokredite sollen als Mittel der Armutsbekämpfung denjenigen die Chance zum Start eines Kleinunternehmens ermöglichen, die wegen ihres geringen Einkommens von normalen Banken keine Kredite bekommen. Die kleinen Darlehen zwischen 50 und 500 Euro werden ohne große Sicherheiten und mit minimalem Verwaltungsaufwand vergeben.

Vorzeigeprojekt dieser Bewegung ist die Grameen Bank in Bangladesch, deren Gründer Muhammad Yunus 2006 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde. Deutschland unterstützt als eines der größten Geberländer den Aufbau des Kleinkredit-Systems. Auch Nichtregierungsorganisationen, Kirchen, gemeinnützige Stiftungen des Bankensektors und Bankenverbände engagieren sich, beispielsweise die 1975 gegründete ökumenische Entwicklungsgesellschaft Oikocredit.

(KNA – 15. Juni 2009)

Menschenrechtler kritisieren Hersteller von Outdoor-Kleidung

Münster (KNA) Die Christliche Initiative Romero hat Hersteller von Outdoor-Kleidung wegen „teilweise menschenunwürdiger Arbeitsbedingungen“ in den Produktionsländern kritisiert. Kleidung, Schuhe und Rucksäcke würden von den Arbeitern weltweit für Hungerlöhne genäht, teilte die Organisation am Dienstag in Münster mit. Auch leisteten die Angestellten zum Teil „exzessive Überstunden“. Daneben sei es in der Vergangenheit zu sexuellen Belästigungen von Arbeiterinnen gekommen. Die Initiative kündigte eine deutschlandweite Informationsreise zum Thema im Rahmen der europäischen Kampagne für Saubere Kleidung (Clean Clothes Campaign CCC) an.

Gemeinsam mit der CCC forderte die Christliche Initiative Romero Hersteller von Outdoor-Bekleidung auf, ihrer sozialen Verantwortung gerecht zu werden. In gemeinsamen Aktionen müssten sich die Unternehmen für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in ihren Lieferketten engagieren. Die Umsetzung sollte durch eine unabhängige externe Institution wirksam kontrolliert werden.

Die Christliche Initiative Romero versteht sich als „Stimme der Armen“ und will eine Brücke zwischen Entwicklungsländern und der mitteleuropäischen Lebenswelt vermitteln. Namensgeber ist der 1980 ermordete salvadorianische Erzbischof Oscar Romero. Sie kooperiert mit Partnerorganisationen etwa in El Salvador, Nicaragua und Guatemala. In Deutschland betreibt die Initiative Lobbyarbeit für menschenwürdige Arbeitsbedingungen, Entschuldung und fairen Kaffeehandel. *(KNA – 14. Juli 2009)*

Kirchen-Projekt mit „Fairtrade Award“ ausgezeichnet

Berlin (KNA) Das bundesweite Projekt kirchlicher Einrichtungen „Zukunft einkaufen“ hat in Berlin den „Fairtrade Award“ erhalten. Mit dem in Deutschland erstmals vergebenen Preis würdigt der Verein TransFair das Engagement der Initiative für fairen Handel.

An dem im vergangenen Jahr gegründeten Projekt „Zukunft einkaufen“ sind rund 50 katholische und evangelische Kirchengemeinden und Einrichtungen beteiligt. Sie beziehen die von ihnen benötigten Materialien möglichst im ökologisch-fairen Handel. Zugleich bietet das Projekt eine Informations-Plattform über fair gehandelte und ökologische Produkte.

In Kooperation mit der Wirtschaftsgesellschaft der Kirchen in Deutschland werden zudem ökofaire Rahmenverträge angeboten. Die in Osnabrück ansässige Deutsche Bundesstiftung Umwelt unterstützt die Initiative, die bereits im März von den Vereinten Nationen als offizielles Projekt der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgezeichnet worden war.

(KNA – 9. September 2009)

Weitere Informationen zum Projekt im Internet unter www.zukunft-einkaufen.de

Christiane Fuchs-Pellmann, Bundesgeschäftsführerin des KDFB, ist Mitglied des Beirates des ökumenischen Projektes „Zukunft einkaufen – glaubwürdig wirtschaften“.

FAO sorgt sich um Landerwerb in Entwicklungsländern

Brüssel (KNA) Massiver Landerwerb durch ausländische Investoren stellt nach Einschätzung der Welternährungsorganisation FAO ein Problem für die künftige Nahrungsmittelversorgung in Entwicklungsländern dar. Für weltweit geltende Kriterien brauche es zunächst gemeinsame Richtlinien, sagte der stellvertretende FAO-Generaldirektor Alexander Müller am Dienstag im Brüsseler Europaparlament. Die FAO werde dafür Vorschläge unterbreiten. Er erwarte allerdings eine sehr kontroverse Debatte darüber, so Müller: „Der Wettbewerb um Land nimmt zu.“

Nach FAO-Angaben gibt es starke Indizien dafür, dass ausländische Investoren, etwa aus China und Südkorea, unter anderem in Afrika und Lateinamerika landwirtschaftlichen Grund erwerben. Diese Gelände seien etwa in Afrika zwar formell in staatlichem Besitz, de facto aber bislang häufig von örtlichen Gemeinschaften unter traditionellem Recht bewirtschaftet.

Zu den möglichen Problemen gehörten daher nicht nur Fragen der Nahrungsmittelversorgung, sondern auch Abwanderung und Arbeitsplatzverlust für Kleinbauern. Davon seien besonders Frauen betroffen, die die Felder traditionell bewirtschaften.

Müller nannte mehrere Motive der Investoren. So zeigten Analysen, dass Staaten zunehmend an die Grenzen der Landwirtschaftsflächen auf eigenem Territorium stießen. Daher wolle man Nah-

rungsmittel in anderen Erdteilen anbauen und importieren. Hinzu komme ein verändertes Konsumverhalten, das etwa mit erhöhtem Fleischverzehr deutlich mehr Ressourcen verbrauche. Müller erinnerte daran, dass zur Erzeugung von einem Kilo Weizen rund 1.000 Liter Wasser nötig seien, für ein Kilo Fleisch dagegen 15.000 Liter. Hinzu komme inzwischen auch die Produktion von Agrarerzeugnissen für Biokraftstoffe.

Bei der von Europaabgeordneten der Sozialdemokraten, der Liberalen und der Grünen gemeinsam veranstalteten Anhörung sagte der Jo Leinen (SPD), der Umgang mit Landerwerb in Entwicklungsländern gehöre zu den Zukunftsthemen für die EU. Davon betroffen seien biologische Vielfalt, Arbeitsplätze, moralische und soziale Fragen. Die EU dürfe deswegen das Thema nicht vernachlässigen, sondern müsse politische Initiativen ergreifen.

(KNA – 7. September 2009)

Ohne Zweifel ohne Gentechnik

Ein neues Logo erleichtert den Kauf gentechnikfreier Lebensmittel und stärkt die Wahlfreiheit. Tragen dürfen es nur Lebensmittel, die ohne Zutaten oder Futterstoffen aus gentechnisch veränderte Organismen hergestellt sind. Das Logo zeigt den Schriftzug „Ohne Gentechnik“ über einer dreiblättrigen Pflanze.

Bundesverbraucherschutzministerin Ilse Aigner stellte das neue Kennzeichen in München vor. Es steht dafür, dass in dem Lebensmittel keine gentechnisch veränderten Bestandteile, auch nicht in Spuren, vorhanden sind. Zwar besteht bereits seit der Gentechnikrechtsnovelle Anfang 2008 die Möglichkeit, gentechnikfreie Lebensmittel mit der Angabe „ohne Gentechnik“ zu kennzeichnen. Allerdings wurde diese Aufschrift in der Praxis nur von wenigen Anbietern verwendet. Ein einheitliches Logo existierte bis dato nicht.

Die Angabe „Ohne Gentechnik“ darf nur verwendet werden,

- wenn das Lebensmittel und die verwendeten Lebensmittelzutaten keine gentechnisch veränderten Organismen (GVOs) sind und auch nicht aus GMOs hergestellt wurden.
- wenn keine durch GMOs hergestellte Zutaten, Lebensmittelzusatzstoffe oder Verarbeitungshilfsstoffe, Aromen, Vitamine, Aminosäuren oder Enzyme, die mit Hilfe gentechnisch veränderter Mikroorganismen hergestellt wurden, für Lebensmittel verwendet wurden.

Für Lebensmittel tierischen Ursprungs gilt darüber hinaus: Für einen jeweils genau bestimmten Zeitraum vor Gewinnung des Lebensmittels dürfen den Tieren keine als „genetisch verändert“ gekennzeichneten Futtermittel verfüttert worden sein; das heißt für Futtermittelzusatzstoffe, die GMOs sind oder aus GMOs hergestellt wurden, gilt ein striktes Verwendungsverbot.

Futtermittelzusatzstoffe, die mithilfe genetisch veränderter Mikroorganismen unter kontrollierten Bedingungen im geschlossenen System hergestellt wurden, sind aber zugelassen, damit beispielsweise eine ernährungsphysiologisch ausgewogene Tierernährung gewährleistet ist. Auch dürfen Verunreinigungen mit gv-Futterpflanzen unter 0,9 Prozent enthalten sein, vorausgesetzt, sie sind nachweisbar zufällig oder unvermeidbar in das Futtermittel gelangt, dies löst nämlich nach dem EU-Kennzeichnungsrecht keine Kennzeichnungsverpflichtung aus.

Gewalt gegen Frauen und Mädchen

Internetportal gegen Zwangsheirat startet

Tübingen (KNA) Ein Internetportal zum Thema Zwangsheirat ist Mitte Juli online gegangen. Wie die Menschenrechtsorganisation Terre des Femmes in Tübingen mitteilte, bietet die Website die Möglichkeit zur Onlineberatung und eine Übersicht über Hilfsangebote in ganz Deutschland; zudem gibt es außer einer Datenbank Literaturtipps und Arbeitsmaterialien. Die Geschäftsführerin des Hilfswerks, Christa Stolle, nannte das Projekt über „Zwangsverheiratung und Gewalt im Namen der Ehre“ bundesweit einmalig. Der Europäische Integrationsfonds hat den Aufbau des Internetportal gefördert.

(KNA – 15. Juli 2009)

Weitere Informationen im Internet unter www.zwangsheirat.de

Sozialverband fordert einheitliche Finanzierung für Frauenhäuser

Berlin (KNA) Der Sozialverband Deutschland (SoVD) hat eine bundeseinheitliche Finanzierung der rund 400 Frauenhäuser in Deutschland gefordert. Die Bundesländer sollten sich auf eine einheitliche Finanzierung verständigen und so die Frauenhäuser langfristig absichern, erklärte SoVD-Bundesfrauensprecherin Edda Schliepack in Berlin. Darauf müsse die nächste Bundesregierung hinarbeiten. Sie verwies darauf, dass beide Koalitionsfraktionen im Juni Frauenhäuser als „unverzichtbare Einrichtungen für Opfer häuslicher Gewalt“ bewertet hätten. Die meisten der deutschen Frauenhäuser, die laut SoVD jährlich von mehr als 40.000 Frauen aufgesucht werden, entstanden im Zuge der Frauenbewegung seit Mitte der 1970er Jahre.

(KNA – 28. August 2009)

Noch in diesem Jahr schärfere EU-Regeln gegen Kinderpornografie

Luxemburg (KNA) Noch vor Jahresende sind nach Einschätzung von EU-Justizkommissar Jacques Barrot schärfere EU-Regeln gegen Kinderpornografie und Kindesmissbrauch möglich. Nach ersten Beratungen der EU-Justizminister zu dem Thema sagte Barrot in Luxemburg, die EU-Staaten seien zu einer schnellen Verabschiedung seiner Vorschläge bereit.

Für die EU-Präsidentschaft sagte die tschechische Justizministerin Daniela Kovarova, die Bekämpfung von Kinderpornografie und Kindesmissbrauch habe für alle EU-Staaten Priorität. Barrot räumte ein, dass es noch keine Einigung über die Höhe der künftigen gemeinsamen Mindest-

strafen gebe. Auch gebe es unterschiedliche Vorstellungen in der Frage, wie Kindesmissbrauch außerhalb der EU verfolgt werden soll. Diese Fragen seien aber unter schwedischer Präsidentschaft im zweiten Halbjahr lösbar, so der EU-Kommissar.

Zur Bekämpfung sexueller Ausbeutung von Kindern fordert die Kommission, neue Formen des Missbrauchs ebenfalls strafrechtlich zu belangen. Dazu gehörten das Anlocken von Kindern im Internet oder die Zurschaustellung vor Webcams. Sextouristen, die im Ausland Kinder missbrauchen, sollten auch in der Heimat vor Gericht gestellt werden können. Nach dem Willen der Brüsseler Behörde sollen Täter künftig nicht nur im Heimatland, sondern in allen 27 EU-Staaten gehindert werden können, Tätigkeiten mit Kontakt zu Kindern auszuüben.

(KNA – 5. Juni 2009)

Medien

Von der Leyen will Eltern fitter fürs Internet machen

Berlin (KNA) Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) will Eltern besser über die Gefahren des Internets aufklären. Die Mehrzahl der Eltern sei sich den Herausforderungen durch das Internet bewusst, sagte sie in Berlin. Allerdings gebe es noch Nachholbedarf. Von der Leyen äußerte sich bei der Vorstellung einer repräsentativen Studie des Bundesverbands Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (BITKOM) über Mediennutzung von Kindern und Jugendlichen.

Die Ministerin beklagte, dass Eltern häufig nur vage Vorstellung davon hätten, wo sich ihre Kinder im Internet bewegen. Es liege allerdings in der Verantwortung der Eltern, für die Sicherheit ihrer Kinder beim Surfen zu sorgen. Von der Leyen sprach sich für Filtersysteme und Informationsportale aus. Zugleich forderte sie die Einführung eines Intranet in Grundschulen, das Kindern einen „geschützten Kommunikationsraum“ biete. Die Ministerin appellierte an Eltern, dieses Thema nicht zu verteufeln, sondern zu begleiten.

Laut Studie entzieht sich nur jedes sechste Elternteil der Verantwortung für die jungen Internet-User. Knapp 80 Prozent interessieren sich für die Surfgewohnheiten der Kinder und reglementieren diese gegebenenfalls, etwa durch Zeitlimits. Knapp 40 Prozent der Eltern sprechen mit ihren Kindern über Online-Erlebnisse. Jeder vierte Erziehungsberechtigte setzt eine Software gegen Gewalt- oder Sexualdarstellungen ein. Allerdings hält sich jeder Dritte Erwachsene für nicht in der Lage, die Aktivitäten seiner Kinder zu kontrollieren.

BITKOM-Präsident August-Wilhelm Scheer forderte Internet-Provider auf, den Eltern mehr Informationsmaterialien zur Verfügung zu stellen. Laut Studie bemängeln über 30 Prozent der Mütter und Väter, dass ihnen konkrete Informationen fehlten. Scheer appellierte auch an die Grundschulen. Wenn ein Großteil der Siebenjährigen online sei, müsse sich das auch in den Lehrplänen widerspiegeln. Scheer verwies auf die Webseite FragFinn.de. Sie biete Eltern kostenlos eine pädagogisch geprüfte Kinderschutz-Software.

(KNA – 7. Juli 2009)

Bund: 200.000 Euro für kindgerechte Internet-Angebote

Berlin (KNA) Der Bund fördert fünf neue Internetangebote für Kinder mit insgesamt 200.000 Euro. Die Internetnutzung der Kinder beginne immer früher, sagte Kulturstatsminister Bernd Neumann (CDU) am Mittwoch in Berlin. Ein hochwertiges Angebot sei der beste Jugendmedienschutz. Die Förderung erfolgt im Rahmen der Initiative „Ein Netz für Kinder“, die vom Kulturstatsministerium und Bundesfamilienministerium mitgetragen wird. Ziel ist es, einen sicheren Surfraum für Kinder von acht bis zwölf Jahren zu schaffen.

Die fünf geförderten Angebote sind die entwicklungspolitische Website „Baumwoll-Seite“, die Lern- und Kommunikationsplattform „KiWi - Kinder - Wissen im Internet“, die film- und theaterorientierte Homepage „Zappedu.de“, das „Webgiornalino“ zur Sprachförderung von Kindern italienischer Migranten sowie das Onlineberatungs-Projekt „Wirksamkeit virtueller Beratung“ des Mädchenhauses Bremen.

(KNA – 29. Juli 2009)

Kirche & Theologie

Sonntagsschutz vor dem Bundesverfassungsgericht

Der Erzbischof von Berlin, Georg Kardinal Sterzinsky, hat anlässlich einer Anhörung vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe erneut den Schutz des Sonntags gefordert. „Der Sonntag ist ein hohes Kulturgut für die gesamte Gesellschaft. Der Sonntag ist kein normaler Tag. Er hat eine besondere, spezifisch religiöse Bedeutung. Mit dem Sonntag ist der ganze Tag gemeint, und nicht nur die Zeit der Hauptgottesdienste“, so Kardinal Sterzinsky. Es gehe auch um die Frage der Religionsfreiheit. Kardinal Sterzinsky verwies auf das so genannte Ladenschlussurteil vom 9. Juni 2004 in dem das Bundesverfassungsgericht ausgeführt hatte, dass der Schutz des Grundgesetzes auch den religiösen Sinngehalt der Sonntage umfasse. „Wenn ich es richtig sehe, kennt das Grundgesetz keinen nach Tageszeit abgestuften verfassungsrechtlichen Sonntagsschutz; der Sonntagnachmittag genießt keinen geringeren Schutz als der Sonntagvormittag“, sagte Kardinal Sterzinsky.

Hintergrund der Verfassungsbeschwerde, die die das Erzbistum Berlin und die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz eingereicht haben, ist das neue Ladenöffnungsgesetz in Berlin. Seit dem 17. November 2006 dürfen in der Bundeshauptstadt die Geschäfte an zehn Sonn- oder Feiertagen öffnen, darunter auch an allen vier Adventssonntagen. Diese Regelung lehnen die Kirchen als verfassungswidrig ab und verweisen dabei unter anderem auf den besonderen Schutz von Sonn- und Feiertagen durch Artikel 140 des Grundgesetzes.

Kardinal Sterzinsky erinnerte vor dem Bundesverfassungsgericht an den Sonntag, der durch den Gottesdienst geprägt sei, „aber auch durch eine Vielzahl unterschiedlichster sozialer und familiärer Aktivitäten. Dazu gehören auch solche mit religiöser Ausrichtung. Sonntägliche Arbeit erschwert es den Betroffenen und damit jedenfalls teilweise auch ihren Angehörigen, sich an diesen Aktivitäten zu beteiligen, was bis zum Verzicht darauf führen kann. Da hilft es auch nicht, wenn anstelle des Sonntags ein Werktag arbeitsfrei ist.“

(PM Deutsche Bischofskonferenz)

Bischofskonferenz unterstreicht Beschluss zu Donum Vitae

Bonn (KNA) Die Deutsche Bischofskonferenz hält an ihrem Abgrenzungsbeschluss zum Verein „Donum vitae“ von 2006 fest. Wie der Sekretär der Bischofskonferenz, Pater Hans Langendörfer, auf Anfrage mitteilte, hat sich an der damaligen Beschlusslage nichts geändert.

Die Bischöfe hatten bei ihrem Ständigen Rat im Juni 2006 beschlossen, dass kirchliche Angestellte nicht bei Donum Vitae mitarbeiten dürfen. Sie bezeichneten die Organisation damals als eine „Vereinigung außerhalb der katholischen Kirche“ und ersuchten auch alle Katholiken, die in kirchlichen Gremien mitarbeiten, „zum Zwecke der größeren Klarheit des kirchlichen Zeugnisses auf eine leitende Mitarbeit in Donum Vitae zu verzichten“.

Eine ähnlich lautende Erklärung hatte der Augsburger Domkapitular Bertram Meier auf der Internetseite des Bistums veröffentlicht. Darin hieß es: „Die deutschen Bischöfe haben in ihrer Erklärung vom 20. Juni 2006 festgelegt, dass es sich bei dem privaten Verein Donum Vitae um eine Vereinigung außerhalb der katholischen Kirche handelt und eine Mitwirkung in diesem Verein im Sinne der Klarheit des kirchlichen Zeugnisses für den Lebensschutz für kirchliche Funktionsträger nicht gestattet ist“. Dies gelte auch für Funktionsträger in kirchlichen Laienorganisationen wie dem Landeskomitee der Katholiken in Bayern oder dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken.

(KNA – 10. Juni 2009)

Katholische Kirche will alle Familienformen erreichen

Freising (KNA) Die katholische Kirche in Deutschland will sich auch gegenüber Patchwork-Familien, Alleinerziehenden und Geschiedenen nicht verschließen. Der Umgang mit erneut verheirateten Menschen und Ehen, in denen ein Partner ohne Bekenntnis sei, gehörten zu den größten Herausforderungen der Familienseelsorge, betonte der Berliner Kardinal Georg Sterzinsky nach einer Expertentagung der Deutschen Bischofskonferenz in Freising.

Ein „neues Denken und eine wertschätzende Haltung“ gegenüber allen Familienformen sei auf der Tagung festgestellt worden, bilanzierte die Münchner Ordinariatsrätin Anneliese Mayer, die das Treffen mitorganisiert hatte. Die Rahmenbedingungen für Ehe und Familie hätten sich verändert, erklärte Sterzinsky. Doch nach wie vor wollten viele Menschen von der Kirche betreut werden. Eltern-Kind-Gruppen und Familienkreise leisteten dabei gute Arbeit.

Der Münchner Erzbischof Reinhard Marx bezeichnete die Familienseelsorge als Schlüsselaufgabe der Kirche. Sie müsse aber nicht nur Kinder, sondern auch Paare in den Blick nehmen. Die kirchliche Ehevorbereitung, Familienberatungsstellen und Kindertagesstätten seien besser zu vernetzen. Pfarrer sollten auch „Brüche in der Partnerschaft“ begleiten, etwa durch Gespräche oder gemeinsames Gebet. Angesichts weiterbestehender struktureller Rücksichtslosigkeiten gegenüber Familien müsse die Kirche auch politisch weiter deren Anwalt bleiben.

Der Tübinger Religionspädagoge Albert Biesinger sprach sich für einen „massiven Umbau“ der Familienseelsorge aus. Dabei komme es vor allem auf die Vermittlung von theologischem Wissen an. Biesinger regte nach dem Vorbild des Bistums Rottenburg-Stuttgart den bundesweiten Auf-

bau von „Elternschulen“ an, in denen es neben der Erziehung auch um „alltagstaugliche Familienrituale und beten lernen“ gehen müsse. - An der Konferenz nahmen 127 Seelsorger, Berater, Bischöfe und Wissenschaftler aus dem In- und Ausland teil.

(KNA – 26. Juni 2009)

Religionsgipfel in Polen endet mit Friedensappell

Krakau (KNA) Mit einem gemeinsamen Aufruf zu weltweitem Dialog ist am Dienstagabend in Krakau das diesjährige Friedenstreffen der Weltreligionen zu Ende gegangen. Darin betonten die Vertreter von mehr als einem Dutzend Glaubensgemeinschaften, es könne keinen Frieden geben, wenn der Dialog zwischen den Völkern erloschen sei. "Kein Mensch, kein Volk ist jemals eine Insel", heißt es in dem Appell.

Außerdem erklären die Religionsvertreter, die Welt sei wegen der Wirtschaftskrise und einer "oft gesichtslosen und seelenlosen Globalisierung" desorientiert. Die Globalisierung sei zwar eine einmalige Chance, doch die Welt habe sie bisher oft eher als ein Kampf der Kulturen und Religionen gelebt.

Die rund 300 Repräsentanten unter anderem von Christentum, Judentum, Islam und Buddhismus betonten, unabhängig von allen Unterschieden stünden die religiösen Traditionen dafür, dass eine Welt ohne Seele nicht menschlich sein könne. Sie seien die Quelle des Friedens.

Im ehemaligen NS-Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau setzten die Vertreter zuvor ein gemeinsames Zeichen der Versöhnung. Sie reichten sich nach dem Gedenken an die dort ermordeten Menschen die Hände zum Friedensgruß und umarmten sich. Redner riefen zu einer Welt des Friedens und der Freundschaft auf.

Der verstorbene Papst Johannes Paul II. hatte die jährliche Begegnung der Religionen der Welt 1986 im italienischen Assisi ins Leben gerufen. Seither wurden die Treffen von der Gemeinschaft Sant'Egidio in unterschiedlichen Städten fortgesetzt.

(KNA – 7. September 2009)

Bundesweit einmalige interreligiöse Schule geplant

Osnabrück (KNA) Das Bistum Osnabrück plant ein bundesweit einmaliges interreligiöses Schulprojekt. In Kooperation mit der Jüdischen Gemeinde und islamischen Organisationen will die Diözese voraussichtlich ab 2011 in Osnabrück eine Grundschule für alle Religionen betreiben. Generalvikar Theo Paul sprach am Freitag bei der Bekanntgabe der Pläne von einem "historischen Tag".

Die Osnabrücker Johannis-Grundschule ist derzeit noch eine Schule für „Schüler katholischen Bekenntnisses“ in Trägerschaft der Stadt. Angesichts der Tatsache, dass die Erfüllung der für Bekenntnisschulen vorgeschriebenen Quote von bis zu 80 Prozent katholischer Schüler immer schwieriger wird, entwickelte die Diözese die Idee zu einer „Schule der abrahamischen Religionen“ in Trägerschaft der Bistums-Schulstiftung in Zusammenarbeit mit Juden und Muslimen.

Das Vorhaben, dem monatelange Gespräche mit Vertretern der Religionen vorausgingen, sei ein weiterer Schritt eines kirchlichen Lernprozesses, sagte der Generalvikar. „Wir bewegen uns damit wieder ein Stück weg von einer west- und eurozentrierten Sichtweise und hin zur Weltkirche.“ Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Osnabrück, Michael Grünberg, nannte das geplante Schulprojekt „die Fortsetzung des Dialoges zwischen den Religionen in der Stadt. Es wäre schön, wenn die Kinder das Erlernte in die Familien tragen.“ Der Vorsitzende des Rates der muslimischen Organisationen in Niedersachsen „Schura“, Avni Altiner, sprach von einem Signalcharakter des gemeinsamen Schulprojektes für ganz Deutschland.

Zunächst muss die Stadt als derzeitiger Schulträger der Umwandlung der 1.000 Jahre alten Bekenntnisschule in eine Schule in freier Trägerschaft zustimmen, hieß es. Die Kostenfrage sei noch offen, erklärte der Leiter der Schulabteilung im Bischöflichen Generalvikariat, Winfried Verbürg. Er nannte eine zweizügige Schule mit rund 200 Kindern realistisch. Die Ganztagschule werde allen Kindern im Stadtgebiet offen stehen. Der Religionsunterricht erfolge in der jeweiligen Konfession. Trotz des Verzichts auf interreligiösen Religionsunterricht sollen alle Bekenntnisse die jeweiligen Feste im Jahr gemeinsam erleben.

(KNA – 4. September 2009)

Namen

Bundesverdienstkreuz für Monika Pankoke-Schenk

Monika Pankoke-Schenk, langjährige Präsidentin der „Edith Stein Gesellschaft Deutschland“ und des Päpstlichen Missionswerks der Frauen, ist Mitte Mai mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden. In der Ordensbegründung hieß es, sie habe sich für eine Besserstellung der Frauen vor allem in Entwicklungsländern und sich im christlich-jüdischen sowie deutsch-polnischen Dialog engagiert. Die promovierte Sozialwissenschaftlerin war unter anderem Generalsekretärin des Päpstlichen Missionswerks „missio“ in Aachen und Vorsitzende des Sozialdienstes katholischer Frauen (SkF). Überdies gehörte sie über ein Jahrzehnt dem geschäftsführenden Ausschuss des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) sowie der gemeinsamen Konferenz von ZdK und Deutscher Bischofskonferenz an. 1994 wurde sie von Papst Johannes Paul II. zur Dame des Päpstlichen Silvesterordens ernannt. Frauenbundsfrau Monika Pankoke-Schenk war viele Jahre lang kooptiertes Mitglied im Bundesausschuss und Mitglied der Internationalen Kommission des KDFB. *(gk)*

Verena Wodtke-Werner neue Akademie-Direktorin

Verena Wodtke-Werner, Leiterin und Geschäftsführerin des Bildungswerks der Diözese Rottenburg-Stuttgart, ist von Bischof Gebhard Fürst zur neuen Direktorin der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart ernannt worden. Die promovierte Theologin, die von 1993 bis 2000 bereits als Referentin an der Akademie tätig war, tritt ihre neue Stelle im November 2009 an. „Als engagierte Frau sind Sie dazu berufen, an der Spitze der Akademie zu stehen“, so KDFB-Präsidentin Ingrid Fischbach in ihrem Glückwunschschreiben. „Wir hoffen, dass Sie in den öffentlichen Austausch und die kritische Auseinandersetzung zur Mitgestaltung von Kirche und Welt auch Ihre

Erfahrungen als ehemaliges Mitglied der Theologischen Kommission des Frauenbundes sowie als Leiterin der von Ihnen gegründeten Bildungskommission des KDFB einfließen lassen können.“
(gk)

Ordensfrau Isa Vermehren gestorben

Bonn (KNA) Die Ordensfrau und Buchautorin Isa Vermehren ist tot. Sie starb am 15. Juli im Alter von 91 Jahren in Bonn. Vermehren wuchs in einem protestantischen Elternhaus in Lübeck auf und führte ein bewegtes Leben: Anfang der 1930er Jahre trat sie in Berlin in Werner Fincks Kabarett „Die Katakombe“ auf, das 1935 von den Nazis verboten wurde. 1944 wurden sie und weitere Familienmitglieder in ein Konzentrationslager verschleppt. 1946 veröffentlichte Vermehren das Buch „Reise durch den letzten Akt“, in dem sie über ihre Erfahrungen in den Vernichtungslagern von Ravensbrück, Buchenwald und Dachau berichtete.

1938 konvertierte Vermehren zum Katholizismus. Nach dem Krieg trat sie in den Orden der Schwestern vom Heiligsten Herzen Jesu ein, wo sie vor allem als Pädagogin arbeitete. Von 1969 bis 1983 war sie Direktorin des katholischen Hamburger Gymnasiums „Sophie-Barat-Schule“. Dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) gehörte sie von 1979 bis 1987 an. Zwischen 1986 und 1998 war sie eine der Sprecherinnen des „Wortes zum Sonntag“. Für ihr publizistisches Lebenswerk erhielt sie den „Deutschen Predigtpreis 2003“.

(KNA – 16. Juli 2009)

Journalistin Christine Zauzich in Guatemala ertrunken

Bonn (KNA) Maria-Christine Zauzich (64), deutsche Journalistin und Leiterin einer Entwicklungs-Initiative in Guatemala, ist tot. Sie ertrank Anfang August nahe des guatemaltekischen Küstenortes Hawaii im Pazifik. Auch ein 62-jähriger Mann aus dem nordrhein-westfälischen Altena, der zu der von Zauzich geführten Reisegruppe gehörte, kam bei dem Badeunfall ums Leben.

Die aus Oberfranken stammende Zauzich arbeitete seit den 70er Jahren für verschiedene Medien, unter anderen die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ), die Wochenzeitung „Rheinischer Merkur“ und die Katholische Nachrichten-Agentur (KNA). Seit 1985 arbeitete sie als freie Journalistin in Lateinamerika, seit 1988 lebte sie in Guatemala. Zauzich ist Autorin mehrerer Fernsehdokumentationen, Bücher und Studien zu politischen und religiösen Themen. Unter anderem arbeitete sie an Dokumentationen über Christen, die im 1996 beendeten guatemaltekischen Bürgerkrieg Opfer der Gewalt wurden.

Zauzich leitete über viele Jahre das 1994 von ihr gegründete „Projekt Samenkorn/Proyecto Ija'tz“, das die berufliche und wissenschaftliche Qualifizierung der in Guatemala stark benachteiligten jungen Mayas fördert. Das Stipendienwerk bietet den Jugendlichen außer der finanziellen Grundlage auch studienbegleitende Kurse zur Persönlichkeitsentwicklung und Allgemeinbildung an. Auch soll das Verständnis der eigenen kulturellen Traditionen oder der Naturmedizin gefördert werden.

2006 wurde Zauzich für ihre Arbeit mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet. Von der Leitung des Stipendienwerks zog sie sich zuletzt mehr und mehr zurück. Ihr Nachfolger soll seine Arbeit im Oktober aufnehmen.

Christine Zauzich war mehrmals sowohl auf Bundes- als auch Diözesanebene als Referentin bei Veranstaltungen des Katholischen Deutschen Frauenbundes (KDFB) eingeladen.

(KNA – 3. August 2009)